

Einführung

Die friedliche Revolution in der DDR hat die Menschen aus einer Jahrzehnte währenden Situation der Ohnmacht, der Abschottung und des Stillstands befreit. Für viele Ostdeutsche ist das bis heute ein Grund zur Dankbarkeit und zugleich eine Motivation, die neu entstandenen Chancen der individuellen Selbstbestimmung und der politischen Partizipation zu nutzen. Wie ein dunkler Schatten legt sich über die letzten 30 Jahre jedoch die vielfach bekundete Erfahrung von biografischer Unsicherheit, kollektiver Entwertung und enttäuschter Hoffnung. Immer wieder bringen die Ostdeutschen in den gesamtdeutschen Diskurs die Rede von erfahrenen Demütigungen, von wirtschaftlichem Niedergang und westlicher Übernahme ein. Sind die Ostdeutschen schlichtweg unfähig, aus ihrem Jammermodus herauszufinden? Unzufriedenheit und Opferdiskurs einte die Ostdeutschen auch schon in ihrer passiven Verweigerung gegenüber dem DDR-Regime. Damals – so kann ich aus eigenem Erleben berichten – erfüllte unser Klagen eine entlastende und hocheffiziente Funktion. Im gemeinsamen Lamentieren über die Unfähigkeit unserer greisen Führer, über die Irrationalitäten unserer Mangelwirtschaft und die Realitätsferne der täglichen Medienberichte fanden wir uns als Betroffenheitsgemeinschaft zusammen und spendeten uns wechselseitig Trost. Aber auch heute noch treten die Ostdeutschen vor allem als Klagende, Protestierende und Unzufriedene öffentlich in Erscheinung: Unsere Industrie sei abgewickelt worden, wir würden als Bürger zweiter Klasse behandelt, wir hätten keine eigene Stimme.

Wäre es nicht an der Zeit, diese Untugend des »Arme-Schweine-Kults«, von der Volker Zastrow in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bereits 1998 sprach,¹ endlich abzulegen und anzuerkennen, dass es uns heute weit aus besser geht als vor 30 Jahren? Die Ostdeutschen inszenieren sich als be-

1 Volker Zastrow, Faule Bilanzen, in: FAZ vom 2.5.1998, S. 1.

nachteiligte Gruppe und präsentieren Ostdeutschland als ein vom Westen kolonialisiertes »Land der kleinen Leute« ohne politisches Gewicht und ohne soziale Anerkennung. Und sie werden in ihrem Benachteiligungsdiskurs noch bestärkt, wenn jetzt von staatstragender Seite die Deutschen in Ost und West dazu angehalten werden, 30 Jahre nach dem Mauerfall »einen ganz neuen Solidarpakt« zu schließen, einen »Solidarpakt der Wertschätzung«. ² »Wer seine Arbeit verlor«, so erklärte der Bundespräsident anlässlich des Mauergedenkens am 13. August 2019, wer »mehrmals umschulen musste, wer sich an marktwirtschaftliche Logik – und deren Auswüchse – erst gewöhnen musste und gleichzeitig eine Familie zu versorgen hatte, der schaut heute anders auf unser Land als einer, der von solchen Umbrüchen verschont blieb«.

In scharfer Abgrenzung zu der Manier der Ostdeutschen, sich als ohnmächtiges Opfer des Vereinigungsprozesses zu stilisieren und zugleich alle Segnungen des geschmähten Kapitalismus in Anspruch zu nehmen, sei hier die These vertreten, dass es sich bei der ostdeutschen Bevölkerung um einen starken politischen Akteur handelt, der sich im Prozess der deutsch-deutschen Wiedervereinigung von der friedlichen Revolution bis zu den Protestwahlen der 2010er Jahre sehr wohl ins Spiel zu bringen gewusst hat und es auch noch im Modus des Klagens versteht, sich selbst zu behaupten. Gerade der Opferdiskurs ist – und der Aufruf des Bundespräsidenten zu einem neuen Solidarpakt belegt das – ein besonders wirkungsvolles Instrument, Berücksichtigung einzufordern.

In der Zeit des Bestehens der DDR hat sich die ostdeutsche Bevölkerung über Jahrzehnte hinweg im mehrheitlichen Schweigen geübt und damit die Stabilität des SED-Regimes verbürgt, an die zuletzt nicht nur die Führung der Staatspartei, sondern auch der gesamte Westen geglaubt hat. Dann aber geht diese angepasste Bevölkerung, die stabil integriert schien, von einem Tag auf den nächsten zu Tausenden auf die Straße und bringt mit ihrem friedlichen Protest das hochgerüstete System zum Einsturz. Dazu benötigte sie keine politische Führung, keine intellektuellen Vordenker, keine mobilisierende Organisation. Auch in der Phase zwischen dem überraschenden Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und dem Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 ging die Dynamik des politischen Geschehens nicht von einem parteipolitischen Agenten oder einer intellektuellen Avantgarde

² FAZ vom 14.8.2019, S. 1.

aus, sondern von der Bevölkerung der DDR selbst. Sie wandte sich von der Bürgerrechtsbewegung ab, drang auf einen schnellen Vereinigungsprozess, forderte gleichberechtigte Teilhabe am westdeutschen Wohlstand ein und erzwang – noch vor der offiziellen Wiedervereinigung – die Einführung der D-Mark. Nach Jahren des Rückzugs ins Private, kraftraubenden Prozessen der Umstellung auf die westlichen Lebensverhältnisse und entbehrungsreichen Anstrengungen zur Sicherung der materiellen und beruflichen Existenz meldet sich die ostdeutsche Bevölkerung heute wieder zurück, indem sie zu beachtlichen Anteilen die rechtspopulistische AfD unterstützt und mit diesem die politische Elite des Westens schockierenden Wahlverhalten die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht. Jetzt will sich jedermann um die »Abgehängten im Osten« kümmern, nicht nur der Bundespräsident, sondern auch die Parteien, das öffentlich-rechtliche Fernsehen und natürlich auch die ZEIT, die sich gern zum Anwalt der Benachteiligten macht.³ Selbst die Frankfurter Allgemeine, die die Ereignisse im Osten bislang zumeist im ironisierenden Ton kommentierte, bringt neuerdings einfühlsame Reportagen über schrumpfende Regionen in Ostdeutschland und die Resignation der dort lebenden Bevölkerung.

Bei allem Berücksichtigung erheischendem Protest sind die Ostdeutschen allerdings doch taktisch so gewieft, dass sie es mit ihrem Wahlverhalten in den Kommunalwahlen des Jahres 2019 verhindert haben, die AfD zur stärksten Partei des Ostens werden zu lassen. Ihre Botschaft lautet offenbar: Wir sind noch einfangbar, wenn Ihr Euch denn ganz arg um uns bemüht. Fast ist man versucht, dem Volk eine höhere Weisheit zuzusprechen, wären wir nicht in einem Lande, in dem die Rede vom Volk, vom Willen des Volkes oder gar von der Volksgemeinschaft zur Legitimation von unvorstellbaren Menschheitsverbrechen hat erhalten müssen und sich daher nicht zur Mystifizierung eignet. Einer Heroisierung des Volkes soll hier denn auch nicht das Wort geredet werden. Und doch möchte ich in diesem Band die These testen, dass die politische und soziale Macht der ostdeutschen Bevölkerung weithin unterschätzt wird. Die ostdeutschen Bürgerrechtler porträtieren die DDR-Bevölkerung als entmündigt und angepasst und behaupten, dass

3 Unter dem Titel »Erklär mir den Osten« hat die ZEIT 2019 eine auf zwölf Teile angelegte Serie veröffentlicht – eine Serie, wie es einschmeichelnd in der Ankündigung heißt, über »ostdeutsches Eigentum, westdeutsche Chefs, die Treuhand, die Währungsunion, über Thüringer Dörfer und enttäuschte Revolutionäre«.

sie selbst im Prozess des revolutionären Umbruchs noch abgewartet und sich die Revolution habe schenken lassen. Schon im Prozess der Wiedervereinigung reagierten große Teile der westdeutschen Intellektuellen voller Verachtung auf die aufkommende Vereinigungseuphorie der Ostdeutschen und werteten sie als D-Mark-Nationalismus ab. Heute wenden sich die Eliten in Ost und West angeekelt von den rechtspopulistischen Tendenzen in Ostdeutschland ab. Obwohl die ostdeutsche Bevölkerung von vielen Seiten seit 30 Jahren gering geschätzt wird, hat sie sich in dieser Zeit jedoch politisch wie sozial als erstaunlich erfolgreich erwiesen. Diese These möchte ich durchspielen, indem ich zuerst den Beitrag der ostdeutschen Bevölkerung zur friedlichen Revolution untersuche, dann nach ihrer Bedeutung im Wiedervereinigungsprozess frage und mich schließlich ihrer Rolle in der Transformation von der Diktatur zur Demokratie zuwende.